

9./VII. 1919

**Der Prozeß gegen Wilhelm II.**

Amsterdam, 7. Juli. (Wolff.) Der „Telegraaf“ meldet aus Paris, daß der Teil der Rede Lloyd Georges, der auf den Prozeß gegen den vormaligen Kaiser Bezug hat, in gut eingeweihten französischen Kreisen Befremden erregte, da

dort die Meinung vorherrscht, daß dem Friedensvertrag zufolge die Anklage gegen den Kaiser ausschließlich moralische und politische Bedeutung hat. In amerikanischen Kreisen erregten Lloyd Georges' Äußerungen noch größeres Befremden. Telegramme aus Washington melden, daß man in den Vereinigten Staaten nichts von dem Abkommen, von dem Lloyd George sprach, weiß. — Dem in der „Times“ veröffentlichten Wortlaut der Rede Lloyd Georges zufolge erklärte dieser: „Die alliierten Nationen beschloßen durchaus einstimmig, daß der Gerichtshof, der allen Alliierten gemeinsam sein wird, in London tagen wird, um über die Person, die an allererster Stelle für diesen Konflikt verantwortlich ist, zu Gericht zu sitzen!“ — Lansing, der noch in Paris ist, erklärte, daß er nichts von diesem Abkommen hörte, und daß das Ersuchen um Auslieferung des Kaisers eine gerichtliche Verhandlung gegen ihn bezwecke. Lansing fügte hinzu, er könne nicht glauben, daß Wilson ein solches Abkommen getroffen haben sollte, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen.